

Pressemitteilung vom 04.12.2013

Diogenes ist nicht der Maßstab

Landesarmutskonferenz Berlin legt Entwurf für Armutsberichterstattung vor

Ein Spitzenplatz in der Armutsentwicklung, doch keine fundierte Sozialplanung: Diese ernüchternde Einschätzung traf die Landesarmutskonferenz bei der Vorstellung ihres Entwurfs für eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung für das Land Berlin. „Wir brauchen endlich eine solide Datengrundlage für eine umfassende Armutsbekämpfung“, erklärte die ehemalige Sozialsenatorin Prof. Ingrid Stahmer. Sie ist Sprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin, einem Zusammenschlusses von über fünfzig Organisationen.

Was auf den ersten Blick wie die Forderung nach einer weiteren Datenerhebung aussieht, wird nach dem Willen der Landesarmutskonferenz weitgehend ein intelligentes Zusammenführen von vorhandenem statistischen Material sein, ergänzt durch Ergebnisse qualitativer Forschung. „Umfangreiche Daten werden ja schon jetzt erhoben. Sie stehen aber weitgehend nebeneinander und werden nicht miteinander verknüpft“, sagte Peter Hermanns vom Internationalen Bund. Dies verhindere eine Gesamtbetrachtung der sozialen Lebenslagen in Berlin und somit eine ressortübergreifende Sozialplanung. „Wer sich nur einzelne Armutsaspekte herausgreift, könnte auch Diogenes in der Tonne als Armutsbetroffenen sehen.“ Der habe sein Leben aber selbst gewählt und war glücklich. „Uns geht es um unfreiwillige Armut und um massive Einschränkungen von Handlungsspielräumen, Partizipationsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven armer Menschen“, so Hermanns.

Mit ihrem Vorstoß will die Landesarmutskonferenz ein Armutsverständnis etablieren, das den unterschiedlichen Aspekten von Armut gerecht wird. Die Lebenslagenbereiche Arbeit, Gesundheit, Wohnen, Konsum, Bildung und Partizipation sollen zusammenhängend betrachtet und ausgewertet werden. „In den Senatsverwaltungen herrscht ein enges Zuständigkeits- und Ressortdenken. Deshalb muss die Federführung bei einer übergreifenden Stelle liegen.“, erklärte Prof. Dr. Susanne Gerull von der Alice Salomon Hochschule auf der Pressekonferenz. Die Mitautorin des Entwurfs forderte, dass eine wegweisende Armuts- und Sozialberichterstattung auch Schlussfolgerungen aus den Daten ziehen müsse: "Überprüfbare Ziele und Handlungsempfehlungen müssen Teil der Berichterstattung sein." Wissenschaft, Betroffene, Wohlfahrt und Politik sollen zudem aufgefordert werden Kommentare abzugeben, die Teil der Berichterstattung würden. Nur so werde eine neutrale und von Abhängigkeiten unbeeinflusste Berichterstellung ermöglicht.

Ganz ohne neue Daten wird eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung allerdings nicht auskommen. Die Landesarmutskonferenz bemängelt, dass manche Armutslagen aus politischen Gründen nicht erhoben werden. So wurde jüngst im Abgeordnetenhaus die Einführung einer Wohnungslosenstatistik abgelehnt. Das sei bitter, „aber wir werden kämpfen. Wir wollen keine Dunkelziffern mehr bei armutsbetroffenen Menschen“, gibt lak-Sprecherin Prof. Ingrid Stahmer die Marschroute vor.

Der Entwurf für eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung liegt jetzt den Abgeordnetenhaus-Fraktionen vor.